

DEUTSCHER BUNDESTAG

- Verwaltung -
Referat PB 2

Interparlamentarische Angelegenheiten

11011 Berlin, den 09.02.2004
Platz der Republik 1

Dienstgebäude: Berlin, Luisenstr. 32-34
Tel.: (030) 227-32830/-51
Fax: (030) 227-36123/-36676
e-mail: sil-ke.meier@bundestag.de

Referat PB 2
Bearbeiter/in: RR'n z.A. Meier

Deutscher Bundestag, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

22. PLENARTAGUNG DER GENERALVERSAMMLUNG DER SCHWARZMEERWIRTSCHAFTSKOOPERATION (PABSEC)

Bukarest, 8.-10. Dezember 2003

Tagungsbericht

Die 22. Plenartagung der Generalversammlung der Schwarzmeerwirtschaftskooperation (PABSEC) fand auf Einladung des Abgeordnetenhauses des rumänischen Parlaments vom 8. bis 10. Dezember 2003 in Bukarest, Rumänien, statt. Schwerpunktthemen der diesjährigen Tagung waren die **Rolle der Parlamente bei der Förderung des Handels in der Schwarzmeerregion, die Gestaltung eines europäischen Wirtschaftsraums, die Schwarzmeerregion im Kontext der EU-Erweiterung, die Armutsbekämpfung in den Ländern der Schwarzmeerwirtschaftskooperation sowie die Beziehungen der EU zu ihren Nachbarn in Ost- und Südeuropa.**

An der Tagung nahmen Vertreter der 11 Mitgliedstaaten der PABSEC (Albanien, Armenien, Aserbaidschan, Bulgarien, Georgien, Griechenland, Moldau, Rumänien, Russische Föderation, Türkei und Ukraine) sowie Vertreter der Schwarzmeer-Handels- und Entwicklungsbank, des Unternehmensrates der Schwarzmeerwirtschaftskooperation und des Internationalen Zentrums für Schwarzmeerstudien teil. Als Beobachter vertreten waren die Französische Nationalversammlung, der Deutsche Bundestag –durch Abg. Jelena Hoffmann (SPD)-, die israelische Knesset, das Europäische Parlament, die Parlamentarischen Versammlungen zahlreicher internationaler Organisationen sowie mehrere Wirtschaftskooperationen.

Zur **Eröffnung der Plenartagung** richteten der rumänische Senatspräsident Nicolae Vacaroiu, der Präsident Rumäniens Ion Iliescu und der Präsident des rumänischen Abgeordnetenhauses Valer Dorneanu Ansprachen an die Generalversammlung. Des weiteren kamen **Grußworte** des aserbaidchanischen Außenministers und amtierenden PABSEC-Vorsitzenden Gulijew und des rumänischen Außenministers Geoana zur Verlesung. Senatspräsident Vacaroiu erläuterte, dass die Themen der diesjährigen Generalversammlung in Bukarest unter dem Zeichen der bevorstehenden EU-Erweiterungsrunde 2004 und des Beitrittsprozesses stünden, in dessen weiterem Verlauf auch Rumänien und Bulgarien in einigen Jahren der Europäischen Union beitreten würden. Die neuen Grenzen der Europäischen Union würden dann mitten durch die Schwarzmeerregion verlaufen; dieser Herausforderung gerecht zu werden, sei eine der wichtigsten Aufgaben

für die Schwarzmeerkoooperation (BSEC) in den nächsten Jahren. Die Schaffung eines europäischen Wirtschaftsraumes sei ohne die Schwarzmeerregion und ihre beträchtlichen Energievorkommen nicht denkbar. Bisher gebe es jedoch nicht einmal eine ansatzweise Strategie zur Stärkung der Beziehungen zwischen EU und dem Schwarzmeerraum, daher habe man sich während der rumänischen Präsidentschaft insbesondere um einen Ausbau der Beziehungen zum Europäischen Parlament und anderen Parlamentarischen Versammlungen bemüht. Voraussetzung für Zusammenarbeit und wirtschaftliche Entwicklung im Schwarzmeerraum seien allerdings die Bestärkung der demokratischen Werte und die Schaffung eines Umfelds der Stabilität und Sicherheit. Präsident Iliescu erläuterte, dass Rumänien vor seinem Beitritt durch den Dialog mit der EU bereits einige Erfolge auf den Gebieten Verkehr, Landwirtschaft, Nahrungsmittelsicherheit, Terrorismusbekämpfung, Drogen- und Menschenhandel erzielt habe. Bei seinem jüngsten Besuch in der Türkei habe er mit dem türkischen Ministerpräsidenten die Schaffung einer gemeinsamen Terrorismusbekämpfung erörtert. Parlamentspräsident Dorneanu schließlich ging auf die Verabschiedung durch Volksentscheid der Änderungen am rumänischen Grundgesetz aus dem Jahre 1991 ein, die infolge der Anpassung an den EU-Acquis nötig geworden waren, und beschrieb den Prozess zur Ausarbeitung dieser Änderungen. Die neuen Bestimmungen bezögen sich insbesondere auf die Garantie des Privateigentums, die Unternehmensfreiheit sowie die Stärkung der rechtsstaatlichen Institutionen und die Unabhängigkeit der Justiz.

Die darauffolgende **Generaldebatte zum Thema „Stärkere Beteiligung der Parlamente an der Förderung von Handels- und Geschäftsmöglichkeiten in der Schwarzmeerregion“** spiegelte die zum Teil sehr unterschiedlichen Schwerpunkte, Haltungen und Überlegungen der Delegationen und Beobachter im Hinblick auf die Schwarzmeerkoooperation wider. Anhand der Beiträge wurde deutlich, dass die etwas weiter fortgeschrittenen Länder der Region eine Ausweitung des Handels in der Schwarzmeerregion zwar durchaus als sehr positiv erachten, jedoch in erster Linie auf eine wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der EU im Rahmen der Beitrittsverhandlungen oder mit den internationalen Wirtschaftsorganisationen setzen. Andere Länder, die teilweise starke interne Problemen zu bewältigen haben, setzen große Hoffnungen in die Schaffung einer Freihandelszone im Schwarzmeerraum, die von der EU als künftiger Handelspartner betrachtet werden könnte.

Delegationsleiterin Makbule Ceko (Albanien) erläuterte, dass durch die Förderung des Handels und die Schaffung von Strukturen auf regionaler und bilateraler Ebene gemeinsame Probleme gemeinsam angegangen werden könnten, insbesondere Korruptions- und Terrorismusbekämpfung. Es sei nötig, jährliche Zeitpläne aufzustellen und konkrete Schritte zu einer weiteren Institutionalisierung der Wirtschafts- und Handelsbeziehungen einzuleiten. Eine verstärkte Kooperation sei möglich auf dem Erdöl- und Erdgassektor, der Chemie- und petrochemischen Industrie, dem Austausch von Produkten, Maschinen und Wissen im Agrarsektor, Nahrungsmittelindustrie und Bauwesen sowie in den Bereichen Verkehr, Tourismus, Finanzen, Verteidigung, Bildung, Gesundheit und Kultur. Konstantin Markelow (Russische Föderation) bekräftigte, dass Russland alle Anstrengungen zur Aufrechterhaltung des Dialogs im Rahmen der PABSEC unternehmen werde, da die internen Reformen die einzelnen Mitgliedstaaten so stark in Anspruch nähmen, dass sie sie von den gemeinsamen Entwicklungszielen der PABSEC ablenkten. Abg. Maria Arsenis (Griechenland) erklärte, dass durch die Tatsache, dass Rumänien und Bulgarien sowie die Türkei EU-Beitrittskandidaten seien, neue Bedingungen für die Entwicklung dieser Länder geschaffen würden. Die Parlamente müssten die Voraussetzungen schaffen, um Handel und Unternehmenszusammenarbeit voranzutreiben. Nach und nach müssten alle Mitgliedstaaten die Aufnahme in die Organisationen für die wirtschaftliche Zusammenarbeit erreichen, sie müssten jedoch zuerst selbst die dazu erforderlichen Bedingungen in ihren Ländern herstellen. Vor dem Hintergrund der jüngsten Terroranschläge in der Türkei und Russland legte sie außerdem einen Erklärungsentwurf vor, der terroristische Akte überall auf

der Welt verurteilte und der bei der Versammlung auf einhellige Zustimmung stieß. Abg. Mustafa Bas (Türkei) äußerte sich zuversichtlich, dass die Wirtschaft in der Region vorangetrieben werden könne und hoffte auf verstärkte Möglichkeiten auch für türkische Geschäftsleute. Die Türkei verfüge über zahlreiche Investitionen im Ausland, vor allem in Deutschland. Die Einkünfte aus den Tätigkeiten der Türkei in anderen Ländern beliefen sich auf mehr als 1 Mio \$. Die Beziehungen zur EU seien für die Türkei ein entscheidender Faktor. Ein Beitritt zur WTO solle für alle Länder der Region angestrebt werden, da er die Wirtschaft erheblich vorantreibe. Delegationsleiter Constantin Onaca (Rumänien) vertrat die Auffassung, dass die Umsetzung der künftigen wirtschaftlichen Zielsetzungen der Schwarzmeerkoooperation in erster Linie vom Erfolg der auf nationaler Ebene ergriffenen Maßnahmen für den Übergang auf die Marktwirtschaft und zur Erzielung einer nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung abhängen. Die Förderung von Handels- und Geschäftsmöglichkeiten im Schwarzmeerraum müsse ein vordringliches Ziel der parlamentarischen Demokratie sein. Die Parlamente müssten auch die Voraussetzungen für ein günstiges Umfeld für kleine und mittlere Unternehmen schaffen. Durch die gute Zusammenarbeit mit der rumänischen Handelskammer sei es in Rumänien gelungen, ein Informationsnetzwerk über Geschäftsmöglichkeiten im Schwarzmeerraum einzurichten. Die verfügbaren finanziellen Mittel müssten durch Partnerschaften mit regionalen und transnationalen Organisationen wie OECD und UNCTAD effizient genutzt werden. Mit der Schaffung eines Projektentwicklungsfonds, in den vier Länder, darunter Rumänien, freiwillige finanzielle Beiträge eingezahlt hätten, trete die Schwarzmeerwirtschaftskooperation schließlich in eine neue, projektorientierte Phase. Abg. Hajiyew (Aserbaidshan) maß dem wirtschaftlichen Integrationsprozess und der Schaffung von Freihandelszonen große Bedeutung bei, da sie die Kooperation verstärkten und die Handelsströme anregten. Zur Schaffung der Grundlagen müssten Gesetze erlassen und eine Reihe von Übergangsmaßnahmen getroffen werden. Allerdings gäbe es noch immer bewaffnete Konflikte in der Region und derzeit über eine Million Flüchtlinge, die in Übergangslagern in Zeltunterkünften lebten, ein Problem, das von der internationalen Gemeinschaft ignoriert werde. Abg. Nicola Bondarciuc (Moldau) äußerte den Wunsch, dass man innerhalb der BSEC von bilateralen Handelsabkommen verstärkt zu multilateralen Handelsabkommen übergehe und sie auch umsetze. Auch Abg. Oleg Salmin (Ukraine) setzte auf die Förderung des multilateralen Handels im Schwarzmeerraum und auf den Beitritt zur WTO von Ländern, die dieser Organisation noch nicht angehören. In der Region sei der Ausbau der Verkehrsstrukturen und der paneuropäischen Netze als Handelskanäle nach Europa von großer Bedeutung. Die Ukraine unterstütze die Schwarzmeerentwicklungsbank und ihre Tätigkeiten in dem Land. Es müsse auf die Schaffung von Kooperationsstrukturen zwischen dem Schwarzmeerwirtschaftsrat und der EU hingearbeitet werden. Daher sei es wichtig, dass alle Länder ihre Mitgliedsbeiträge ab dem nächsten Jahr bezahlten. Senator Guy Penne (Frankreich) wies darauf hin, dass es nicht immer einfach sei, die Gewaltenteilung zu respektieren. Die Entwicklung des Handels könne nur unter Wahrung der Rechtsstaatlichkeit erfolgen und müsse frei von Korruption sein. Wie sein israelischer Kollege Nudelman verurteilte er nachdrücklich die jüngsten Terroranschläge in Russland und der Türkei und sprach sich für gemeinsame Maßnahmen zur Bewältigung des Terrorismus aus. Abg. Jelena Hoffmann (Deutschland) beglückwünschte die Russische Föderation zum professionellen Ablauf der Parlamentswahlen, denen sie als Beobachterin beigewohnt hatte. Der künftige Beitritt dreier weiterer BSEC-Mitgliedstaaten zur Europäischen Union dürfe nicht zur Schaffung neuer Trennlinien im Schwarzmeerraum führen. Von entscheidender Bedeutung sei die Entwicklung des Energiesektors und der Ausbau der Verkehrsinfrastrukturen. Rumänien, Bulgarien und Moldau besäßen noch immer große ungenutzte Möglichkeiten im Tourismussektor, für den die Infrastrukturen in gemeinsamen Projekten geschaffen werden könnten, und sie sei gern bereit, die in Deutschland gewonnenen Erfahrungen weiterzugeben. Herr Ivar André Slengesol (Parlamentarisches Netzwerk der Weltbank) erläuterte die Arbeitsweise der Weltbank mit den Schwarzmeerländern. Ziel der Weltbank sei die Verbesserung des Lebensstandards und die Armutsbekämpfung, sie unterstütze politische Reformen sowie Infrastruktur-

und Umweltprojekte. Die Weltbank unterstütze nachdrücklich regionale Initiativen und habe für die Schwarzmeerregion einen Investitionsfonds in Höhe von 70 Mio \$ vorgesehen.

In ihrer zweiten Sitzung wurde die Generalversammlung über die **Ergebnisse der neunten Sitzung des Außenministerrates der Mitgliedstaaten der Schwarzmeerwirtschaftskooperation** vom 31. Oktober 2003 in Baku informiert sowie über die Sitzungen der Energieminister und der Verkehrsminister. Anschließend prüfte sie den **Bericht über die „Gestaltung eines europäischen Wirtschaftsraums“** und die dazugehörige Empfehlung. Die gegenwärtigen Integrations- und Kooperationsprozesse in Europa konzentrieren sich auf die Schaffung eines vom Ural bis zum Atlantik reichenden gemeinsamen Wirtschaftsraums. Von entscheidender Bedeutung ist hierbei die Vermeidung neuer Trennlinien und Armuts Grenzen innerhalb dieses Raums, insbesondere im Hinblick auf eine erweiterte Europäische Union. Die Beobachtung des gegenwärtigen Integrationsprozesses wirft eine Reihe von Fragen im Hinblick auf die Beziehungen der Schwarzmeerwirtschaftskooperation zur Europäischen Union auf. Die Entwicklung wirtschaftlicher Beziehungen zur EU hat die BSEC bereits in ihrer Gründungserklärung von 1992 als eine ihrer wichtigsten Zielsetzungen verankert. Eine unabdingliche Voraussetzung hierfür ist aber zunächst die Erzielung von wirtschaftlicher Integration und die Herstellung politischer Stabilität in der Region. Einige Länder des Schwarzmeerraums (Rumänien und Bulgarien) verfügen im Rahmen des EU-Beitrittsprozesses über Europaabkommen mit der EU. Die Türkei hat 1995 eine Zollunion mit der EU abgeschlossen. Einige Länder der ehemaligen Sowjetunion (Armenien, Aserbaidschan, Georgien, Moldau, Russland, Ukraine) besitzen Partnerschafts- und Kooperationsabkommen mit der Europäischen Union, die eine Liberalisierung des Handels und eine Zusammenarbeit auf verschiedenen Gebieten ermöglichen. Zusammenfassend kann daher gesagt werden, dass die Beziehungen der Schwarzmeerwirtschaftskooperation zur EU durch Bilateralismus und Asymmetrie gekennzeichnet sind. Multilaterale Beziehungen zu der Region, wie es sie etwa zum Mittelmeerraum im Rahmen des Barcelona-Prozesses gibt, der die Schaffung einer Freihandelszone bis zum Jahr 2010 vorsieht, existieren nicht. Durch die Einbeziehung des Schwarzmeerraumes in einen künftigen europäischen Wirtschaftsraum würde dieser aufgrund der energiepolitischen Bedeutung der Region Nachhaltigkeit erlangen. Aufgrund ihres voraussichtlichen Bevölkerungsanstiegs stellt die Region einen sich schnell entwickelnden, dynamischen Markt dar. Weitere Vorteile des Schwarzmeerraums sind seine geographische Lage als Bindeglied zwischen Europa und Asien sowie sein wissenschaftliches und technologisches Potenzial.

In der sich anschließenden Debatte über den Bericht und die Empfehlung führten die Verfasserdelegationen Griechenland und Türkei einige Punkte weiter aus. Beide Texte wurden gemäß den Bestimmungen der Geschäftsordnung einstimmig angenommen.

In dem darauffolgenden Bericht des Rechts- und Politischen Ausschusses ging es um den **Schwarzmeerraum im Kontext der Erweiterung der Europäischen Union**. Aufgrund der beträchtlichen Entwicklungsunterschiede der gegenwärtigen Mitgliedstaaten und Beitrittskandidaten wird eine neue, erweiterte Europäische Union ein sehr heterogenes Staatenbündnis sein. Mit der Aussicht der Erweiterung um Bulgarien, Rumänien und die Türkei werden die Außengrenzen der Union einen Großteil der Schwarzmeerküste umfassen. Eine Zusammenarbeit der EU mit dem Schwarzmeerraum auf verschiedenen Gebieten wird daher zu einer unvermeidlichen, jedoch recht komplizierten Aufgabe. Im Hinblick auf ihren Beitrittsstatus können die Schwarzmeerländer in mehrere Kategorien unterteilt werden: Vollmitgliedstaaten der EU (Griechenland), Beitrittskandidaten, mit denen Verhandlungen eröffnet wurden (Bulgarien und Rumänien), Beitrittskandidaten, mit denen noch keine Verhandlungen eingeleitet wurden (Türkei) sowie künftige Beitrittskandidaten, die Aussichten auf eine EU-Mitgliedschaft haben (Balkanländer inkl. Albanien). Je nach Beitrittsstatus erhalten die Schwarzmeerländer Wirtschaftshilfe von der EU in unterschiedlicher Höhe; die technischen Hilfsprogramme im Rahmen von TACIS

für die ehemaligen Länder der Sowjetunion nehmen sich demgegenüber vergleichsweise gering aus. Zur Gewährleistung einer guten Zusammenarbeit mit ihren neuen künftigen Nachbarn hat die EU multilaterale regionale Initiativen eingeleitet, die einzelne Schwarzmeerländer betreffen: die Initiative für die Nördliche Dimension (inkl. Russland), den Stabilitätspakt für Südosteuropa (inkl. 7 BSEC-Länder) und den Barcelona-Prozess für die Euromediterrane Partnerschaft (inkl. Türkei). Im März 2003 veröffentlichte die Europäische Kommission schließlich eine Mitteilung unter dem Titel „Wider Europe“, in der sie ihr Nachbarschaftskonzept zu den Ländern in ihrer geographischen Nähe darlegt und in dessen Rahmen auch die Beziehungen zu Russland, der Ukraine und Moldau als unmittelbare Nachbarn verstärkt werden sollen. Dennoch stellt die Schwarzmeerregion als Ganzes keine regionale Priorität der EU dar und ist in geographischer Hinsicht ein fehlendes Bindeglied in der Kette europäischer Programme und Initiativen für die regionale Zusammenarbeit. Die Schwarzmeerländer haben daher eine gemeinsame Strategie im Hinblick auf die EU entwickelt, die über den politischen Dialog auf eine Stärkung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit abzielt.

In der darauffolgenden Debatte wies Abg. Constantinou Floros (Griechenland) auf den konkreten Zeitplan der EU für die Erweiterung hin. So werde es ab 2007 eine neue Agrarpolitik geben, die sich auch auf die Schwarzmeerländer auswirken werde. Die EU werde nie mehr für die einzelnen Länder tun, als sie selbst für sich tun könnten. Abg. Mircea Iustian (Rumänien) hielt es für wesentlich, dass die Schwarzmeerregion von der EU als Wirtschaftsraum anerkannt werde. Er schätze die positiven Entwicklungen der letzten Jahre in der BSEC, meinte jedoch, dass die Region ihre wirtschaftliche Integration noch stärker anstreben müsse. Abg. Lilia Grygorovitch (Ukraine) unterstrich, dass die Europäische Union ohne Russland und die Ukraine nicht vollständig sein werde. Es müsse jedoch noch mehr zur Entwicklung eines besseren Verständnisses der gegenseitigen Interessen getan werden. In jedem Fall seien Feststellungen, dass Russland und die Ukraine nicht so bald der EU angehören würden, nicht akzeptabel, denn man könne nicht einige Länder zum Beitritt auffordern und anderen jegliche Perspektive verweigern. Der Bericht und die Empfehlung wurden einstimmig angenommen.

In ihrer dritten Sitzung prüfte die Generalversammlung den **Bericht über die Armutsbekämpfung in den Mitgliedstaaten der Schwarzmeerratskooperation** und die dazugehörige Empfehlung. Armut ist in den meisten Ländern des Schwarzmeerraums eine bedrückende Realität. Der Bericht gab einen Überblick über die Lage in den einzelnen Ländern und äußerte Empfehlungen, auf welchen Gebieten zur Bewältigung dieses Problems zuerst angesetzt werden sollte. Beide Texte wurden einstimmig verabschiedet. Im Anschluss stimmte die Generalversammlung über die **Schlussfolgerungen der Versammlung über die Mitteilung der Europäischen Kommission zum Thema „Größeres Europa – Nachbarschaft: Ein neuer Rahmen für die Beziehungen der EU zu ihren östlichen und südlichen Nachbarn“** ab. In der Debatte forderten Russland und die Ukraine Änderungen an mehreren Absätzen des Dokuments, um zu vermeiden, dass eine Beitrittsperspektive für beide Länder ausgeschlossen werde. Die Schlussfolgerungen wurden schließlich unverändert, jedoch unter Anfügung einer Zusatzbemerkung verabschiedet, in der die Bedenken beider Staaten dargelegt wurden.

Die Versammlung verabschiedete den Haushalt für das Finanzjahr 2004 und die von der griechischen Delegation vorgelegte Erklärung zur Bekämpfung des Terrorismus. Zum Vizepräsidenten der Versammlung wurde Herr Evgeny Chachev (Bulgarien) gewählt. Anschließend wurde die Präsidentschaft der PABSEC an die Russische Föderation übergeben. Die 23. Plenartagung der Generalversammlung der PABSEC findet voraussichtlich am 1.-3. Juni 2004 in St. Petersburg, Russland, statt.